

Der Zusammenbruch!

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Einzelpreis 40 Pf.

Halle, Donnerstag, den 10. November 1921

1. Jahrgang, Nr. 264

Der Zusammenbruch!

Deutschland im Vankrott. — Kopsfigkeit der Bourgeoisie. — Ankunft der Reparationskommission in Berlin. — „Besondere Maßnahmen“ Frankreichs. — Vorstoß auf die nächste Reparationszahlung. — Erst Reparationszahlung, dann Gehaltsaufbesserung für die Beamten

Berlin, 10. November. Die Mitglieder der Reparationskommission sind gestern nachmittag in Berlin eingetroffen. Ueber die Mission der Kommission weicht die Presse nur mitteilend, daß sie sich an Ort und Stelle über die Finanzlage Deutschlands zu informieren soll. Ueber die Einzelheiten ihres Programms ist auch hier an unzähliger Stelle nichts bekannt. — Laut „Rormärts“ wird heute das Reichsblatt über die Eindämmung der Markentwertung besetzen, um Richtlinien für die kommenden Beiprozungen mit der Reparationskommission aufzustellen.

Paris, 9. November. Der „New York Herald“ meldet, daß die Reparationskommission von der deutschen Regierung eine sofortige Vorzahlung von 100 bis 200 Millionen Goldmark auf die am 15. Januar fälligen Zahlungen fordern werde. Das Blatt ist überzeugt, daß Deutschland in solche bei vielen Vorstoß zu bezagen. Das Garantiefomitee der Reichsregierung genaug Mitteilungen über die Einmündung des Reichs, weshalb die Reparationskommission in Anbetracht dessen, daß die deutsche Regierung zu fordern und darauf zu dringen, daß diese Zahlungen eher erlosenen als weitere Gehaltsaufbesserungen der Beamten oder höhere Zinsendenzahlungen an industrielle Unternehmungen, an den die Reichsregierung interessiert ist. Die Reparationskommission hat sich zu dem Ergebnis entschlossen, falls sie zu der Feststellung gelangen sollte, daß Deutschland sich seinen Schuldzahlungen entziehen wolle. Wenn es jedoch solche Maßnahmen ergreife, wird sie die Zahlungen mit deutschen Zinseszinsen, Zinsen, Finanzrenten und Regierungsrenten erhöhen. Man glaubt, daß die Reparationskommission drei Wochen in Berlin bleiben werde.

Paris, 9. November. In der gestrigen Senatssitzung, in der die Finanzlage Frankreichs besprochen wurde, behauptet der Senator Jan eingehend die Finanzlage und erklärte, man dürfe sich durch einen solchen Fall den Zinsen nicht beladen lassen. Man dürfe den Bankrott nicht annehmen und müsse sich an den natürlichen Reichtümern Deutschlands schadlos halten. Wenn man Deutschland verhindern wolle, Frankreich den Krieg zu erklären, müsse man alle internationalen und vertraglichen Verbindlichkeiten beibehalten und die beiden Parteien neutralisieren. Das wäre eine ernstliche Friedensgarantie und eine Frage, die der Weltbevölkerung bekannt werden müßte. Der Senator verlangte auch, daß die Frage der französischen Schulden bei den Alliierten präzipiert werde. Er schlug eine internationale Mission bei den Neutralen vor, um die französische Finanzlage zu befragen. Diese Mission sollte durch ein Komitee auf das deutsche Vermögen gestellt werden.

Der Bankrott Deutschlands ist längst da. Seine Auswirkung in dem Sturz der Mark und in der deutschen Schuldenlasten auf den Auslandsmärkten verurteilt die Bourgeoisie der ganzen Welt in einen bestialischen Schrecken. Das gesamte durch den Krieg unterbrochene Kapitalistisches Weltwirtschaften ist ins Wasser geraten. Ein unermesslicher Abgrund gähnt. Das weitaus Deutsche in den Weltwirtschaften der übrigen kapitalistischen Staaten, zum mindesten die Europas, kinnern.

Konferenz in Washington, Internationale Währungsreform, Revision des Friedensvertrages, „Solidarisierung“ der kapitalistischen Welt — so schreit es durch die gesamte Presse. Das im Golbe westliche Amerika, der Stützpunkt der ganzen Welt, soll helfen. In England und Frankreich verlangt man von ihm Streidung der alliierten Kriegsschulden und der aufgelaufenen Zinsschulden. Nicht der italienische Staatsminister, auch einen neuen Vorstoß. Um den Preis der Abkürzung Frankreichs soll Amerika für jede Reparationszahlung, die Deutschland nicht zu zahlen vermag, einen entsprechenden Betrag von den Schulden Frankreichs freisetzen. Aber Amerika denkt gar nicht daran. Es denkt an sich, wie die Kapitalisten der anderen Länder auch in erster Linie an sich denken und für sich retten wollen, was zu retten ist. Amerika ist am wenigsten geneigt. Der Zusammenbruch der alten kapitalistischen Welt in Europa ist die Berufskündigung ihres Weltimperiums!

In Deutschland haben sich inzwischen über neue Steuern, 80 Milliarden sollen die neuen Steuererlöse bringen, 79 Prozent davon sollen die proletarischen Massen, 21 nur die Besitzenden aufbringen. Dabei ist immer noch ein zehnersches Defizit von 110 Milliarden vorhanden, daß sich durch den Sturz der Mark inzwischen vervielfacht hat. In wenigen Wochen vielleicht bereits veräußert. Die 80 Milliarden sind eingerechnet die unzulässigen Zinseszinsen von 35 Milliarden, auch nicht eingerechnet sind die mindestens 50 Milliarden, die der deutsche Staatstag für die Gehaltsaufbesserungen der dortigen Kommunisten, Arbeiter und Arbeiter, die der Staatstag dem Reich fordert, weil sie die Kommunen angeht sind in den Massen der lässlichen Bevölkerung. Die 80 Prozent Erhöhung der Stelle für Wasser, Gas, Elektrizität und der Straßenbahnfahrpreise sind die unumgängliche Folge, was das Reich nicht einbringt. Zu den Verheerungen des Lebensniveaus und der Massen infolge der Gehaltsaufbesserung und der neuen Steuern also wieder neue Steuern für die bedürftlichen Massen. Die Reparationskommission ist in Berlin angekommen. Was will sie? Niemand weiß es in Berlin. „Es liegt weder zu Optimismus noch zu übertriebenen pessimistischen Ansätzen vor“, heißt es offiziell. In Paris weiß man es. Präsident Millerand hat, wie der

Korrespondent des „B. L.“ meldet mit mehreren Mitgliedern der Regierung „Maßnahmen von äußerster Wichtigkeit getroffen, um Frankreich vor den Folgen einer Zahlungsunfähigkeit zu schützen“. Die wichtigste Maßnahme ist die Veräußerung des Reichs, besonders des Industriekapitals, ins Ausland gegangen ist und sich dort in Pfund oder Gulden verwandelt hat. Die deutsche Regierung hat nichts getan, um die Industrielassen zu zwingen, ihren eigenen Vorrat zu deklarieren. Die Reparationskommission wird sich davon zu überzeugen haben wie die deutsche Regierung ihre Verpflichtungen erfüllt, die ihr das Garantiefomitee auferlegt hat. Da Deutschland nichts von dem getan hat, was es versprochen hat, würde Frankreich besondere Maßnahmen ergreifen müssen.

„In „Berliner Tageblatt“ behauptet Erich Dombrowski was hier behauptet wird: Während des Hungerjahrs durch Deutschland schreit, während die Mark geschwunden ist auf 14 Pf. und noch weiter sinkend, macht die deutsche Bourgeoisie Millionenprofit. Diese Millionenprofiten werden, abgesehen von Luxusbedürfnissen, die im Rahmen des Ganzen freilich keine allzu große Rolle spielen, in Schwärze umgewandelt. Aber sie werden auch in Anstand untergebracht. Dies heftigste Stück des Kapitals nach innen und nach außen vermag der Zusammenbruch nicht aufzuhalten, wenn es nicht gegen andere noch als bisher in den Dienst der Allgemeinheit gestellt wird.“

Und die deutsche Industrie. Stellt sie ihr Kapital in den Dienst der Allgemeinheit? Die Regierung verhandelt mit der Industrie um die „Kreditbill“ und zu gleicher Zeit geht der Ruffhandel um die Stinnesaktien im Reich. Die Stunde, auf die Stinnes gewartet hat, ist kommen. Er diktiert seine Bedingungen für die „Kreditbill“. Er fordert die Auslieferung des gesamten staatlichen Apparates in seine Hand!

Erste Sorge der englischen Bourgeoisie

London, 10. November. „Evening News“ schreibt, der fortgeschrittene Sturz der Mark und die erste Auswirkung auf die englischen Auslandsmärkte verurteilt die Regierung erste Sorge. In einem Artikel im „Manchester Guardian“ führt Prof. Keynes aus, der Markkurs, der durch die Verluste der deutschen Regierung, ausländische Währungen zur Bezahlung der Reparationen zu beschaffen angelockt wurde, hat wahrscheinlich im späteren Stadium darauf zurückzuführen, daß die Spekulation in der gesamten Welt vollständig den Kopf verloren haben und ihre Marktkräfte auf die Märkte schleudern. Der zukünftige Wert der Mark hänge jetzt von der Politik der Alliierten ab. Wenn der Wechselkurs der Mark auf seinem augenblicklichen Stand verharre, und die deutschen Zinnspreise darauf eingestellt werden, so sei eine weit größere Menge von Noten als bisher erforderlich, um die gesamte deutsche Währungsreform zu finanzieren. Die vermehrte Notenausgabe in Deutschland sei das Ergebnis des Zusammenbruchs der deutschen Währungsreform und nicht ungeachtet, und werde dann außerhalb der Kontrolle der deutschen Regierung stehen.

„Die französische Regierung in Deutschland“

Unter diesem Titel schreibt Kadel in der „Kamden“ zur neuen französisch orientierten Regierung in Berlin, in der die Deutsche Volkspartei nicht vertreten ist:

Die Entstehungsgeschichte dieser Regierung gibt ein interessantes Bild allmählicher politischer Zerfällung in Deutschland, ein Beispiel des Verfalls der deutschen Bourgeoisie als selbständige politische Macht. Wie bekannt, verließ die Regierung Hinnerk Brüning, nicht nur um die deutsche Politik zu stabilisieren und die Regierungsbasis nach rechts zu erweitern, sondern um ein Gegenüber zur französischfreundlichen Rathenau-Weiß-Bildung zu schaffen. Die Regierung von 60 Millionen Deutschen sollte nach England aufstehen, denn England erklärte sich dem französischen Staatsdogen gegenüber. Doch dieser Plan mißlang. Der Grund dieses Mißlingens waren die Verhandlungen zwischen Frankreich und England anlässlich der Washingtoner Konferenz. England widersetzte sich, der französischen Politik in Deutschland nicht zu erlauben, Frankreich verweigerte Amerika in Washington nicht gegen England zu unterstützen. So verlor die Deutsche Volkspartei die englische Unterstützung und Frankreich wurde Herz in Berlin. Scheidemann hat sich in Görlich umloht kompromittiert. Die neue Berliner Regierung kann trotz im Namen des demokratischen Deutschlands aufstehen, denn England erklärte sich damit einverstanden. Schließlich Zuhilfenahme es früher in der Türkei, Marokko, China und Persien. Jetzt befinden diese Zuhilfenahme in Mitteleuropa, im Zentrum der Weltkultur.

Die Annette abgelehnt

In Rechtsanwaltschaft der Reichsgericht wurde über einen Antrag Herzfeld wegen Erlass einer Annette verhandelt. Nachdem sich der Reichsjudicialminister Radbruch und der bayerische Vertreter dazu geäußert hätten, wurde der Antrag im allen gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt.

Was wird uns die Volkspartei-Koalition bringen?

In Preußen ist die Koalition sozialdemokratischer Führer mit der Volkspartei, der Partei Stinnes, auser Acht erklärt gemorden. Und wie. Selbst Stammer vom „Rormärts“ muß über den vorkommlichen Kultusminister schreiben: „Einmaliger Stammer und Hurachreier der professionellen wilhelminischen Mera.“ Wenn man bedenkt, daß Stiegerwald und die Demokraten Hiesch von diesem Hiesch sind und daß hinter den vorkommlichen Willkürern die ganz wirtschaftliche und finanzielle Macht des Großkapitals steht, dann weiß man, daß der Geist und der Wille der Volkspartei das Kabinett beherrschen wird.

Und Preußen war das Vorbild für das Reich. Schon schreibt das „Berliner Tageblatt“:

„Rein Zweifel, daß sich, nach diesem Vorbild, auch im Reich eine gleichartige Koalition wird herbeiführen lassen, um jene Stabilität und Homogenität zu schaffen, die allein eine Politik auf lange Sicht ermöglicht.“

Was wird uns, den werktätigen Massen, eine solche Koalition des Großkapitals, kurz gesagt, eine Stinnesregierung, bringen? Das weiß man, wenn man weiß, nach wessen Willen sie regieren wird. Das ist ohne Zweifel das Großkapital. Hochfinanz, Großindustrie und Großhandel haben den Staat schon längst unter Druck gesetzt. Sie verneinen die Regierungen mit der Frage der Aufbringung der Devisen für die Zahlungen an die Entente. Da das Großkapital weiß, daß die sozialdemokratischen Führer den einzigen Weg zur Aufbringung der notwendigen Mittel zur Deckung der Ententeleistungen um — die Eröffnung der Goldwälder, d. h. die teilweise Beschlagnahme der kapitalistischen Vermögen unter dem Druck der Massen — nicht ernsthaft beschreiten wollen, macht es nicht nur ein Kreditangebot, sondern ist sogar froh, den Kredit nur unter ganz bestimmten Bedingungen gnädigst hergeben zu wollen.

- Die Bedingungen sind: 1. Eintritt von Volksparteilern in die Regierung, 2. hohe Zinsen, 3. Beilegung des Achtkunbentages und Streikrechts, 4. Einschränkung der Staatsbetriebe (Eisenbahnen, Post usw.), 5. keine Erhöhung der Goldwälder.

Die Mitgliederüberwindung des Reichsverbandes der deutschen Anwaltschaft hat dieser Tage unter der Führung Stinnes eine Entschleunigung angenommen, die alle diese Bedingungen für eine Kreditbewilligung deckelt enthält. Erproben ist die Mehrheit der sozialdemokratischen Führer darin, daß der Staat das Kreditangebot des Großkapitals annehmen und „vorläufig“ in Wirklichkeit überhaupt — auf eine Eröffnung der Goldwälder verzichten soll.

Das bedeutet, daß das Großkapital jeder kommenden Regierung die Hand an der Gurgel haben wird, bereit, ihr das Leben zu nehmen, wenn sie nicht nach dem Willen von Stinnes regieren will. Die Volkspartei wird in jeder kommenden Regierung mäßigend sein, wenn es nach dem Willen der sozialdemokratischen Führer und der bürgerlichen Parteien geht.

Die werktätigen Massen werden mit neuen Steuern schwer befallen werden. Die Wälder und Gehälter wird mau mit Hilfe der Reichswehr, Eipo und Orgelformationen niedrig halten.

Das alles wird uns die Volkspartei-Koalition bringen zu aller Rot, die wir jetzt schon haben.

Was tun die Arbeiterparteien?

Was die sozialdemokratischen Führer getan haben, ist bekannt. Selbst die „Freiheit“, das Zentralorgan der USP, schreibt dazu:

„Der „Rormärts“ spricht davon, daß es sich bei der großen Koalition in Preußen um ein gewagtes Experiment handle. Es ist mehr als das, es ist ein Verbrechen an der Arbeiterklasse.“ Nur als eine Verhöhnung der Arbeiterklasse kann man es empfinden, wenn jetzt der „Rormärts“ und das „Hamburger Echo“ noch die Stinnes fordern, zu verlangen, daß sich die Arbeiterparteien geschlossen hinter die sozialdemokratischen Führer in einer Volkspartei-Koalition stellen soll. Nein, nicht in einer Regierung mit der Volkspartei kann der Kampf geführt werden. Auch die Unabhängigen leben das ein. In der Erklärung der unabhängigen Landtagsfraktion zur Regierungsbildung heißt es:

„Die Bildung einer rein kapitalistischen Regierung ist das Ziel der USP. Parlamentarische Schachzettel um Arbeiterpöbel bringen das Land diesem Ziele nicht näher. Die Verbündeten für eine solche Regierung können nur außerhalb des Parlamentes geschlossen werden durch den entschlossenen Willen aller Kopf- und Handarbeiter, durch die Schaffung einer einheitlichen Kampffront des gesamten Proletariats gegen die gemeinsame Front der Bourgeoisie.“

In der Erklärung der kommunistischen Fraktion hieß es: Die KPD ist überzeugt, daß nur eine auf Arbeitereräte hin wirkende Regierung die Kraft hat, die von Großkapitalisten dominierte Wirtschaft zu unterwerfen. Aber sie ist bereit, eine Arbeiterregierung, die als eine Regierung des Beschützens der Arbeiterklasse und des Kampfes gegen das Bürgertum handelt, parlamentarisch und außerparlamentarisch zu unterstützen.

Stimmenskoalition

mit Abwälzung der Steuern auf die Beschloßen, fortgeführten Berechnung, bentralter Ausbeutung und Unterdrückung der wertvollen Massen,

oder Arbeiterregierung, die sich auf die wertvollen Massen stützt, die die Steuern durch Entlastung der Geldwerte unter Kontrolle der Arbeiterregierung aufbringen, die den wertvollen Massen das Existenzminimum verschafft und alle Reaktionen der Reaktion (Bewaltung, Zuziti, Reischwehr usw.) anerkennt.

Das eine oder das andere wird in der nächsten Zukunft sein. Ein Mitteilung darüber kann nicht mehr gegeben werden. Die sozialdemokratischen Minister in einer Volksparlamentarisation werden die Mittel von Stimmens sein, sie sollen — wie das Fremdenblatt schreibt — bei Kartellverhandlungen usw. die „Dynamik“ widerherstellen.

Die Entscheidung darüber, ob das eine oder das andere sein soll, liegt jetzt bei den wertvollen Massen, nur bei ihnen. Schließen sie weiter, dann wird Stimmens regieren. Marxisten sie aber aus den Betrieben, Bureaus usw. in geschlossener Front auf, dann werden sie bald regieren, denn dann sind sie unüberwindlich, nichts kann ihnen widerstehen.

Was muß geschehen?

Zuerst muß die kampfbereite Einheitstfront hergestellt werden.

Über die Körper der Parteien und Gewerkschaften hinweg, die nicht mitmachen wollen, müssen sich alle Wertvollen zusammenfinden für den gemeinsamen Kampf um gemeinsame Kampfsziele.

Um die gemeinsamen Ziele muß sich die Einheitstfront aller Wertvollen bannen.

Die Ziele — deren Erklärung eine Lebensnotwendigkeit für das Proletariat ist — sind:

1. Der Entlastung der Geldwerte unter Kontrolle der Arbeiterregierung, die Entlastung muß in einem Umfang erfolgen, daß der wertvolle Teil der inneren Schuld und der Wiederaufmachungslosten gedeckt wird und daß alle Arbeitslosen (der Lohnarbeiter, Angestellten, unteren Beamten) und die Arbeitsverwermer der selbstbestehenden Kleinbauern, Kleinhandwerker usw. von jeder Belastung befreit werden. Eine umfassende Geschäfts- und Betriebskontrolle ist in den Betrieben durch Betriebsräte, Arbeiter und Angehörte auszuüben.
2. Abänderung der Schuldenbesitzungen und des Streik- und Beschäftigungsrechts.
3. Allgemeine Einführung der Röhne, Gehälter und Unterhaltungen in einer Höhe, die die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ausgleicht.
4. Entfaltung und Auflösung aller lernorientierten Organisationen (Arbeits, Einheits-, Arbeitsgemeinschaften, Berufsverbände usw.). Bildung eines geschlossenen Verbandes der Arbeiter und Angestellten, unteren Beamten, Handarbeiter, Kleinbauern usw. unter gemeinsamer Kontrolle der Arbeiterpartei und Gewerkschaften.
5. Abkehrung der Verwaltung, der Justiz, der Reichswehr, der Schulpolitik von allen monarchistischen Elementen unter der Kontrolle der Arbeiterregierung.

In allen Betrieben muß in Betriebsversammlungen dazu Stellung genommen werden. Überall, wo Arbeiter, Angestellte und untere Beamte zusammenkommen, muß sich ihre Befreiung um die Herstellung der Einheitstfront für den Kampf um diese Ziele drehen.

In großen Versammlungen und Demonstrationen muß der Kampf um den Umbau kommen.

Wer das will, der habe auch den Mut, an seiner Durchführung mitzuhalten.

Der 9. November in Berlin

Berlin, 10. November. (Eigene Drahtmeldung.) Anfolge des Beschlusses der Berliner Gewerkschaftskommission, erst ab 2 Uhr zu feiern, weil die Feier des 9. November als heilig erklärt ist. Der größte Teil der Arbeiterfeiern erfolgte in der ganzen Stadt. Ein anderer Teil feierte vor 2 Uhr ab. Die veranstalteten Versammlungen waren durch die Polizei beaufsichtigt. Im Berliner Zentrum waren etwa 10000 Teilnehmer. In Potsdam waren zur Revolutionfeier etwa 10000 Teilnehmer erschienen. Es sprachen Redner der drei Arbeiterparteien. Auch hier feierte der größte Teil der Arbeiterfeier nicht.

Gemeinsame Kundgebungen zum 9. November in Leipzig

Leipzig, 10. November. (Eigene Drahtmeldung.) Stichen überflutete Versammlungen fanden gestern nachmittags um 1 Uhr statt. Es mußten zum Teil Fortsitzversammlungen abgehalten werden. Nach den Versammlungen zogen die Demonstranten in geschlossenen Zügen nach dem Augustplatz, auf dem Ansprachen gehalten wurden. Von der KPD sprachen die Genossen Reichsorganisationsleiter und Reichsleiter. Es sprachen auch an der Demonstration circa 30000 Reichsleute. Die Demonstration war lebhaft. Viele Reden wurden an den Fahnenmäulen auf dem Augustplatz gehalten. Die Arbeiterwache war zum Teil vollständig, zum Teil wurde mittags um 1 Uhr in den Betrieben aufgeführt. Der Streikführer riefte zum nachmittägigen.

Die städtischen Arbeiter in Berlin vor dem Streik

Berlin, 10. November. Die Verhandlungen zwischen dem Magistrat und den städtischen Arbeitern sind jetzt in ein Stadium eingetreten, in dem ein neuer Konflikt unvermeidlich erscheint. Eine Vorversammlung der Betriebsräte hat sich von den Angehörten der städtischen Arbeiter unterrichtet und erklärt und dahin entschieden, den städtischen Behörden die Funktionenentwertung aufzuerheben und bei nicht sofort erfolgender Bewilligung der Forderungen den Streik zu erklären.

Strebahnstreckteilstreit in Berlin

Berlin, 9. November. Auf den Bahnhöfen 9, 18, 20 und 23 sind die Strebahnarbeiter heute früh in den Streit getreten. Die Bahnhöfe 9, 18 und 23 sind die frühereren städtischen Strebahn, der Bahnhof 20 befindet sich in Treptow. Im Laufe der vorigen Woche ist einer der Angestellten wegen „unüblichen“ Verhaltens

entlassen worden. Darauf hat der Betriebsrat Einspruch erhoben und die Entlassung des Entlassenen verlangt.

Rechtssozialistische Schieber- und Schagergeplänne in Hannover

Hannover, 9. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die „Rechtssozialistische Arbeiterzeitung“ bringt eine aufseherregende Meldung. Danach steht der rechtssozialistische Oberbürgermeister Heinert in Unterhandlungen mit dem „Akanania-Kanzen“ angeblich in Hannover. Er soll dem Kanzen in Hannover in die Hände spielen. Der Senator Bernd soll Direktor dieses Kanzen werden. Außerdem verpflichtet die „Rechtssozialistische Arbeiterzeitung“ große Lebensmittelgeschäften des rechtssozialistischen Senators Lindemann. Die Erregung der Bevölkerung ist groß.

Lipinits Dank an den General Reichardt

Im sozialistischen Schien ist der General Reichardt durch den Ministerialrat Wolpert erheit. Der unabhängige Lipinits nahm das zum Anlaß, um General Reichardt seinen Dank dafür auszusprechen, daß er in vorbildlicher Weise seine militärischen Aufgaben erfüllt habe.

Lipinits hat vor ein paar Wochen im Landtage festgehalten, daß Offiziere der Apo als Führer in den lernorientierten Kampforganisationen tätig waren, daß sie Bestenfalls dem Reichardt, der alle diese Bestrebungen förderte und leitete, der feierlich die Apo durch den Besch. provozierte, im Stahlhelm auszurufen, der bis in die Tage des März zurück sich immer als der größte Reaktionsist gezeigt hat. Die dem letzten General Reichardt gegenüber fällt die jetzt der unabhängigen Minister Lipinits zu laut vertritt.

Wir können uns danach ein Bild darüber machen, wie der Kampf gegen die schieflings Geheimorganisationen ausgehen wird.

Die Königs-Republik

Die Hohenzollern und Wittelsbacher fühlen sich gerade so wie die Passdorer noch immer die Könige ihres Landes. Der Erbprinz Ludwig, mit Gottes und der Erbsch. Hilfe nach dem Thron bestiegen zu können. Inzwischen soll ihm ein Platzhalter durch den Boten eines Staatspräsidenten geschickt werden. Bis dahin mag er sich an Ungern trotzen, wo es ja unter Junker ähnlich steht und wo ihm die schiefen Kampfschritte des Kaiser ein Beispiels. Der General Reichardt hat die Aufklärung. Um Seine Majestät König Karl zu empfangen. Das wird nicht mehr um Ministerielle, sondern um Kronen geschehen werden. Leben wir überdaupt noch in einer Republik?

Die 56-Stunden-Woche Gesetz!

Bei einem Stände der Marz von 5 Pf. müssen, wenn der Reichshaushalt befristeten ist, gegenüber dem Vorjahre 70 bis 80 Milliarden Marz mehr aufgebracht werden. Nicht eingenommen sind in diesem neuverpflichtenden Milliarden die Reparations- und Wiederaufmachungsverpflichtungen.

Schon hat die Marz nur noch 14 Pf. Wert, die Löhne und Gehälter der Reichs- und Staatsangestellten sind erhöht worden, wobei die Feuerungsleistungen der höheren Beamten mehr betragen als der Gehalt und Feuerungsleistung der unteren Klassen usw. in Summe.

Der neue Finanzminister Hermes ist zum Reichstag kommen, offen den Staatsbankrott ein. „Selbst wenn die neuen Steuern 50 bis 60 Milliarden mehr bringen würden, als vorangeschlagen ist, wird diese Summe nicht ausreichen, den Reichshaushalt auszubalancieren“, k. h. das Reich kann seinen Verpflichtungen nicht nachkommen.

Wegen dieser großen Summen aufgebracht werden, in Kap. teilhaftigen Staaten kann nur die arbeitende Bevölkerung die zahlende sein, nur das Proletariat muß die Lasten des Reichshaushalts und des Reichsfinanzen tragen, während die Burggasse weiter ihre Profits und Gelderverdienen ungehindert fortsetzt.

Das Proletariat muß also hierfür ausgebeutet werden als bisher, so will es die Bourgeoisie. Selbstredend ist der Reichstag ganz offen die Befreiung des Arbeiterstandes. Die republikanische Regierung, als willkürliche Weigerung, als Gefangene des Großkapitals, laßt sich wie ein Kettenhund vor dem Blick seines Herrn, vor dem Augenwinkeln des Herrn Reichardt und beugt sich, den Wünschen der Großkapitalisten nachzukommen.

Auf die Anfrage der kommunistischen Reichsdelegation über die Einführung der 56-Stunden-Woche im Lennewerk gab der Reichsorganisationsleiter folgende Antwort:

„Neben das in den Annahmen hat Reichardt in Verbindung mit einem Ministerium bestehende Brimmbriefem hat der preussische Minister für Handel und Gewerbe in der Landtagsitzung vom 8. Oktober Mitteilung gemacht. Nach diesen Mitteilungen muß angenommen werden, daß durch das Brimmbriefem in den Lennewerk, das aus 2500 Mann mit 1000 Maschinen besteht, die 24 Stunden im Gange ist, ein großer Teil der Arbeitskräfte weggeführt wird. Die schließliche Arbeitsweise ist in den unterbrochenen arbeitenden Abteilungen der Lennewerk für die Schichtarbeit neuerdings, angeblich neuen Arbeitermannschaft, mit Rücksicht auf die Unterbringung Grubenarbeiter, auch in diesen Abteilungen die 48-stündige Arbeitswoche durchgeführt wird. Für die Arbeiter, die nicht unterbrochen werden können und insbesondere auch an den Wochen auch nach der Einführung des achtstündigen Arbeitstages unzulässig. Die Frage wird von dem in erster Linie zuständigen preussischen Minister für Handel und Gewerbe noch eingehend untersucht werden.“

Die Lennewerker führten feierlich einen erditterten Kampf um die 48-Stunden-Woche, dem Willen der Reichsdelegation mußte die Direktion nachkommen und es wurde in Lennewerk um 48 Stunden gewerkschaftet.

Die Einführung des Reichsorganisationsleiters ist ein Verlegenheitsgemachte einer Regierung, die selber weiß, daß ihr Bestand nicht von langer Dauer sein wird, daß sie nur die Aufgabe hat, die Steuergehälte unter Dach und Fach zu bringen, die eine ungeheure Verflechtung der Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung zur Folge haben, die dann nach getaner Arbeit der offenen Stimmeregierung Platz machen muß.

Nach den bisher gezeigten Proben hat die Arbeiterschaft vom zweiten Reichs-Kabinett, das die aktive Unterstützung der Unabhängigen Sozialdemokratie findet, noch manches zu erwarten.

Sowjet-Ruhland

Ruhland und die Washingtoner Konferenz
Moskau, 7. November. Die russische Regierung richtet an die Regierungen der Westmächte, der Vereinigten Staaten von Amerika und Japans eine Note, in der sie gegen die Einberufung einer internationalen Konferenz zur Frage der Würtigung und zur Regelung der Fragen des Stillen Ozeans ohne Bewilligung Vorkaufsrechts protestiert. Mitglieder der bevorstehenden Eröffnung dieser

Konferenz erklärte die russische Regierung, daß ohne Zustimmung Vorkaufsrechts, das an diesen Fragen unmittelbar interessiert ist, eine Regelung dieser Fragen nicht zulässig ist und daß sich die russische Regierung in allen Fragen, die diese Konferenz behandeln wird, volle Handlungsfreiheit vorbehaltend, die sie bei jeder Gelegenheit im Sinne der eigenen Interessen zu ergreifen wird. Das verpflichtende Vorkaufsrecht hat diesen neuen Beweis der Vollständigkeit und Unerschütterlichkeit mit gerechter Empörung aufgenommen. Die russische Arbeiter- und Bauernregierung erklärt, daß ein Hundertmillionen Volk sich nicht in seinem Willen zergewaltigen und wie einen hilflosen Gegenstand fremder Entschickungen behandeln läßt. Das verpflichtende Vorkaufsrecht, das seine größten Auswirkungen den wirtschaftlichen Wirtsbauern des Landes mitteilt, weiß, daß trotz der Hungersnot, dem Wert der Blodade der wertvollen kapitalistischen Märkte und der Dürre, der Augenblick der Wiedergeburt seiner Wirtschaft, gegen das arbeitende Volk der Welt, die Kräfte der Dürre und des lernorientierten Rechtes des russischen Volkes werden, werden sich dann die Folgen ihrer Handlungen selbst zuschreiben haben. Mit größter Entrüstung erhebt das verpflichtende Vorkaufsrecht von der Erklärung der kapitalistischen Mächte, daß diese selbst die Wahrheit der russischen Interessen übersehen haben. Während der letzten Jahre leider nur Genug erlitten, das die Sorge der Großmächte für Rußlands Interessen zu beachten hat. Die Mächte, die sich wieder die Interessen Rußlands anlegen nicht lassen wollen, sind doch bestrebt, die russische Erde mit ihren Hilflosen gegen das arbeitende Volk der Welt mit den Vorkaufsrecht aufzumachen, die sie und den mächtigen Vorkaufsrecht auf Rußland gelegt haben. Das verpflichtende Vorkaufsrecht Rußlands verweigert sich entschieden dagegen, daß seine eigenen Interessen von diesen Mächten gewahrt werden.

Die Washingtoner Konferenz und die Intervention gegen Sowjet-Ruhland

Wien, 7. November. Wie wir aus verlässiger Warschauer Quelle erfahren, entwirft Washington ein Vorkaufsrecht, eine neue Intervention gegen Sowjet-Ruhland. In einer Unterredung mit Pressen hat sich Reichardt zu dem Zweck, daß sich allein die Exzessive Sowjet-Ruhlands eine feste Gefahr für das politische Gleichgewicht Europas und dessen wirtschaftlichen Aufbau bedeutet. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß die Intervention gegen Sowjet-Ruhland auf die Weise eines harten Bollwerks, den Interventionsgedanken auf der Konferenz zu verteidigen.

Ausland

Die neue Krise in den russisch-polnischen Beziehungen

Wie aus Warschau gemeldet wird, haben die Mandatskämpfe in der Ukraine zum Ausbruch einer neuen Intervention in Warschau, Karadon, erklärt, daß Rußland eben überall auf die Ukraine als gegen sich gerichtet ansetzt. Er verlangt, daß die Unterfertigung der Retjuza-Truppen durch Polen ihr Ende finde. Denn es sei eine unbedingte Forderung, daß die Unterfertigung der polnischen Militärabkommen in Chwałizyn unterzeichnet werden. Daraus folgt, daß die polnische Regierung eine Einverständnis in der Ukraine einfordert. In der Ukraine ein Einverständnis, in der Ukraine ein Einverständnis, in der Ukraine ein Einverständnis.

Diese Tatsachen muß man in Zusammenhang bringen mit der Krise des Herrn Reichardt nach Ruß. Auf einen Protest von Seiten des polnischen Außenministers hat Herr Reichardt offiziell geantwortet, daß ein politisches Abkommen zwischen Polen und der Sowjetrepublik unterzeichnet wurde, das den beiden Staaten eine gemeinsame Linie für ihre künftige Politik verschafft. Diese Linie muß nicht zu reden ist. Es ist unbedeutend, daß die polnischen Beziehungen zu den Sowjetrepubliken gegen Sowjet-Ruhland geendet haben, bei denen Polen in erster Linie kommen wird, während die Sowjetrepublik gleichmäßig den Interessen Rußlands. Man kann sich fragen, welches Realinteresse die Sowjetrepublik durch ihre neuerdings so stark antischicksalhaftigen Vorkaufsrechte in der Ukraine einfordert. Diese Vorkaufsrechte sind polenorientiert und polenorientiert. Daraus ist zu ersehen, daß die polnischen Beziehungen zu den Sowjetrepubliken ein Streben gegen Sowjet-Ruhland auch die kommunistische Bewegung in eigenen Lande treffen will, ferner hofft die schicksalhaftige Vorkaufsrechte durch eine Verdrängung mit Polen die Interessen zu erhalten. Dort will sich nicht nur das französische Kapital dreht, sondern auch das schicksalhaftige Kapital, das man uns hat. Die schicksalhaftige Regierung kann bei der Entscheidung des Außenministers zugunsten Polens eine wichtige Rolle spielen, indem Herr Reichardt die Wesen von Genf zurückzuführen im politischen Sinn bearbeitet. Diese Verdrängung der polnischen und sowjetischen Vorkaufsrechte findet jetzt ihre Fortleitung.

Demobilisation in Serbien und der 130000-tägige Vertrag

Belgrad, 9. November. Serbien beschloß teilweise Demobilisation der gegen Ungarn mobilisierten Reserve und nimmt den Waffenverzicht mit Ungarn wieder auf.

Belgrad, 9. November. Die schicksalhaftige Armee wird ab morgen demobilisiert.

Der schicksalhaftige-polnische Vertrag. Der schicksalhaftige-polnische Vertrag zwischen den beiden Staaten garantiert die Unabhängigkeit und die Befreiung der beiden Staaten von einem ihrer Nachbarn angegriffen wird, verpflichtet sich beide Staaten gegenseitig zu mobilisierender Neutralität. Der Vertrag gilt fünf Jahre.

Internationales

Die Kommunisten wollen die Gewerkschafts-Einheit Frankreichs retten

Aus Paris wird gemeldet: Die Krise der französischen Gewerkschaftsbewegung und das offene Zugrende der beiden Frankreichs sind die Zimmerbauer Bürokratie, die Wirtschaftsgesellschaften des französischen Proletariats zu zerlegen, haben die revolutionären Gewerkschaften der beiden Länder in eine Krise verwickelt. Es fand in Paris eine Konferenz der linken Gewerkschaften des Landes statt. Es wurde die Lage im Eisenbahnenbereich besprochen, wo ja die Spaltung infolge der Erlebenszeit der Gewerkschaften unermesslich erhebt. Die kommunistischen Gewerkschaften betonen ihren unbedingten Willen zur Autonomie der Gewerkschafts-Einheit, indem sie beschließen, noch einmal mit dem Vorsteher des französischen Gewerkschaftsbundes zu verhandeln. Wenn auch diese Verhandlungen scheitern sollten, dann werden die französischen Arbeiter mitgewillens einsehen, wo er der Spalter ihrer Gewerkschaften ist.

Neue Schriften

Soeben ist erschienen: „Das freie Rad“, kommunistischer Buamensfelder für das Jahr 1922 und „Zum Jahrestag der proletarischen Revolution in Rußland“, von dem Redakteur des proletarischen Schriftstellers, die beiden Schriften enthalten wichtiges Material, das gerade jetzt in der Werkzeuge ausgenutzt werden muß.

St. Ulrichstr. 51

Licht & Spiele

Telephon 4681

Ab morgen, Freitag:
Erfolgreiche des gemalten Monumental-Films:

Der Schatten der Gaby Leed



verfaßt und inszeniert von dem
Meister-Regisseur Carl Boese.
Eine ergreifende Menschheits- Tragödie von packender Realistik. Erschütterndes Drama aus Künstlerblut — Theaterleid. Das wechselnde Schicksal einer von der Misgunst neidischer Kollegen verfolgten jungen talentvollen Tänzerin.

Der Schatten der Gaby Leed

Sauptrollen:
7 Manja Thalshewa — Otto Gebühr **7**
7 Alte Carl Huen — Wilhelm Diegelmann **7**
Karl Jansenberg — Grete Hollmann
Frieda Richard.

Außerdem der neue Zweifakter:
Karlsruhe, „der Mann mit den drei Bräuten“
In der Hauptrolle: Karl Viktor Plagge
das glänzende Beiprogramm!

Beginn täglich 4.00 6.15 8.30 Uhr.

Die große Doppel-Schlager-Woche

der beiden U. T.-Lichtspielhäuser.
— Jeder Film ein Meisterwerk. —



„Amor am Steuer“

5 Akte von Dr. Ludwig Tell und Erich Schönfelder.
Das neue große Lustspiel mit
Ossi Oswalda,
Viktor Janson, Jakob Tschitte, Albert Panitz und andere.
Vorführung: 5.00 7.10 9.30

Der große amerikanische Gesellschaftsfilm
„Der Mann aus dem Westen“
5 spannende Akte
Vorführung: 4.00 6.10 8.30

Die neuesten Wochenberichte.
Beginn: Sonntags 3 Uhr, wochentags 4 Uhr.
Ab morgen, Freitag, im
Alte Bromenade **UT** **Alte Bromenade**
11a. Fernruf 5738. 11a. Fernruf 5738.

Stadt-Theater
Freitag, den 11. November
Anfang 7 1/2, Ende 10 1/2 Uhr:
Magdalena.
Bolschuld n. Ludwig Zehner
Sonnabend, den 12. Nov.
Anfang 7 1/2, Ende 10 1/2 Uhr:
Die Räuber.
Sonnabend, den 12. Nov.
Anfang 7 1/2, Ende 10 1/2 Uhr:
Die Räuber.

Thalia-Theater
Sonntag, den 13. Nov.
abends 7 1/2 Uhr:
Im weißen Rößl.
Lustspiel von Blumenthal
und Rabelberg. 4072

Zoo
Heute, Donnerstag,
abend 7 1/2 Uhr:
Erster
gefeilter Abend
für Abonnenten, deren
Bekannt- und Bekanntheit.

Sonnabend, den 12. Nov.
Anfang 3 und 7 Uhr:
Breis-Staten
(Geflügel)
Es ladet ein
W. Vogel,
Belle-210th.

Restaurant Produktiv-Genossenschaft
Vordemstalls 14
empfehlen seinen heiligen
Mittags- und Abendtisch.
Das Glas Bier 2,00.
Anspitzspitzenarten
empfehlen die
Bolschuld n. Ludwig Zehner.

Walhalla

Lichtspiel-Theater

11.—18. November 1921:



CARO ASS
Der Nerven-Sensations-Film
in 6 Abteilungen:
2. Teil:
Dem Tode entzissen!
6 äußerst spannende Akte.

Der Schrecken von
„Berlorens Hohnung.“
„Wenig oder Zier?“ in Kampfe
mit den Fährten, verlegt von
Geheimen der fährtenben
Brederebanne.

Vorführung: 4.00, 6.40, 9.20 Uhr.

EGROEG



BULLY!!

Stuart Webbs - Kolossal - Detektiv -
Film in 6 Akten. In den Hauptrollen:
Ernst Reicher als Stuart Webbs, Stella Hart.
Vorführung: 5.20, 8.00 Uhr. 4064

Der Film dieser Woche

Morgen Erstaufführung

Milene Neumann

Im 4-Akter
Der ewige Kampf
(Der Kampf um die Liebe) — Ein prachtvoller Film
Vorführung: 5.00 7.10 9.30.

Die grosse Filmschöpfung Zwischen den Dreien

Schauspiel in 5 Akten mit
Erich Kaiser-Titz, Magnus Stifter, Mila de la Chapelle.
Vorführung: 4.00 6.10 8.20

Leipziger- strasse 88 **UT** **Leipziger- strasse 88**
Fernruf 1224. Fernruf 1224.

«UFA»

Arbeiter-Bildungs-Verein „Senna-Werk“.
Freitag, den 11. November, in Rantine 2, Theaterplatz:
Großes Gesangs-Konzert
von ersten Kräften des Hall-Stadtheaters:
Friedrich Hoff, Sopran, Herr Walburg, Tenor,
Herr Zeeman, Kapellmeister. *1944
Eintritt 5 Mark.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Es ladet freundlich ein
Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungs-Verein „Senna-Werk“.
Freitag, den 11. November, in Rantine 2, Theaterplatz:
Großes Gesangs-Konzert
von ersten Kräften des Hall-Stadtheaters:
Friedrich Hoff, Sopran, Herr Walburg, Tenor,
Herr Zeeman, Kapellmeister. *1944
Eintritt 5 Mark.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Es ladet freundlich ein
Der Vorstand.

Hausfrauen!
Kauft nur in den Geschäften, welche
im „Klassenkampf“ inserieren.
Zeitungs-Matutatur
Berlag Klassenkampf
Verfahrenstraße 14.

Jeder neue Anteilschein zur Produktiv-Genossenschaft ist ein Schlag gegen die Reaktion! Das bedenke als Mitglied der KPD.

